

EU will Bilaterale nicht mehr aktualisieren

Rahmenabkommen Stimmt der Bundesrat dem Rahmenabkommen nicht zu, will die EU-Kommission auf die Aktualisierung bestehender Marktzugangsverträge verzichten. Die bilateralen Verträge könnten so verkümmern.



EU-Kommissar Johannes Hahn gestern in Brüssel.

Bild: Stephanie Lecocq/EPA (Brüssel, 17. Dezember 2018)

Remo Hess, Brüssel

Dass die EU-Kommission eine Pressekonferenz ausschliesslich zu den bilateralen Beziehungen mit der Schweiz organisiert, kommt nicht alle Tage vor. Es bedarf schon einer besonderen Botschaft, die von Brüssel aus nach Bern transportiert werden soll. Gestern lautete diese: Die Geduld ist aufgebraucht. Die EU anerkennt die Gleichwertigkeit der Schweizer Börsenregeln zwar nochmals für sechs Monate. Damit können Aktien von EU-Unternehmen auch bis mindestens im Juni 2019 an der Schweizer Börse gehandelt werden. Aber wenn der Bundesrat im Frühling dem institutionellen Rahmenabkommen nach abgeschlossener Konsultation mit Kantonen und Sozialpartnern nicht zustimmt, wird die Anerkennung nicht mehr gewährt.

Mehr noch: Auch die bestehenden bilateralen Verträge werden nicht mehr aktualisiert. «Ohne den Rahmenvertrag kann es nicht nur keine neuen Abkommen, sondern auch keine Anpassung be-

stehender Abkommen geben», sagte der für die Schweiz zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn gestern in Brüssel. Er lese in der Schweizer Presse von Politikerkollegen, die denken würden: «Was wir haben, das haben wir». Doch dies sei falsch und widerstrebe «dem Geist der Rahmenvereinbarung» mit der dynamischen Rechtsanpassung, wie sie von den EU-Mitgliedstaaten seit Jahren gefordert werde, so der Österreicher. Weiteren Marktzugang könne es nur mit einem institutionellen Rahmenabkommen geben.

Medizinalbranche könnte leiden

Dass die EU mit der Ankündigung, bestehende Abkommen nicht mehr zu aktualisieren, den Druck auf den Bundesrat nochmals erhöhen und zusätzliche Schikanen aufbauen wolle, verneinte Hahn: «Wir sind weit davon entfernt, auf die Schweiz nur irgendeinen Druck auszuüben. Jedes Land ist souverän in seinen Entscheidungen. Es ist nur fair, dass beide Seiten wissen, was die Kon-

sequenzen sind.» Mit der gestrigen Ankündigung bestätigt erstmals ein Vertreter der EU-Kommission offiziell, wovon der Bundesrat schon seit längerer Zeit warnt: Ohne Rahmenvertrag könnten die bilateralen Verträge fortlaufend verkümmern. Als erstes könnte die EU-Kommission die Aktualisierung des Abkommens für technische Handelshemmnisse (MRA) im Bereich Medizinprodukte verweigern. Dieses sollte eigentlich im Frühling oder bis spätestens Ende 2019 aufdatiert werden. Für die Branche mit knapp 60 000 Angestellten in der Schweiz könnten somit zusätzliche Schwierigkeiten beim Export in die EU drohen.

Nicht verstecken wollte EU-Kommissar Hahn gestern auch, dass die EU-Kommission und er persönlich vom Nicht-Entscheid des Bundesrates enttäuscht sind. Nach über vier Jahren Gespräche und insgesamt 33 Verhandlungsrunden hätten sie einen «politischen Beschluss und eine Empfehlung zur Annahme» erwartet. Die EU-Kom-

mission habe der Schweiz «stabile und tragfähige Brücken» gebaut. Speziell verwies er auf das Entgegenkommen beim Schiedsgericht oder auch beim Lohnschutz. Hahn: «Wir haben unsere Arbeit gemacht». Das «finale» Verhandlungsergebnis liege fertig auf dem Tisch. Dass das Verhandlungsergebnis «gemeinsam» zustande gekommen sei, strich Hahn besonders heraus. Nachverhandlungen schloss er aus.

«Die Hauptquelle unserer Frustration»

Noch deutlicher wurde ein hoher EU-Beamter im Gespräch. «Jedes Mal wenn wir mit der Schweiz etwas auf politischer Ebene vereinbaren, krebst sie wieder zurück.» Das sei schon letztes Jahr der Fall gewesen, als EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seinem Besuch in Bern gemeinsam mit Bundespräsidentin Doris Leuthard den Frühling 2018 als Ziel für den Abschluss des Rahmenvertrags ausgab. Zwei Tage später habe Bundesratssprecher André

Simonazzi dies wieder in Abrede gestellt. Nun sei dasselbe noch einmal geschehen: Hahn und Aussenminister Ignazio Cassis hätten sich Mitte November auf den gemeinsamen Text des Verhandlungsergebnisses geeinigt. Dazu gehöre natürlich auch das Protokoll zu den flankierenden Massnahmen (FlaM). In der Pressekonferenz vom 7. Dezember habe sich der Bundesrat dann wieder davon distanziert und die Änderungen an den FlaM als reine Vorschläge aus Brüssel vorgestellt. «Dieses Verhalten ist die Hauptquelle unserer Frustration», so der EU-Beamte.

Von Schweizer Seite war derweil zu vernehmen, es handle sich um ein Missverständnis. Natürlich sei allen klar gewesen, dass es die Roten Linien des Verhandlungsmandats verbieten, dass Chefunterhändler Roberto Balzaretto den Schweizer Lohnschutz schwäche. Insofern habe der Bundesrat das entsprechende Protokoll zu den FlaM gar nicht als gemeinsames Resultat präsentieren können.

Wer wie zum Rahmenabkommen steht

Die Fundamentalisten Dass sich der Bundesrat vorletzte Woche nicht zu einem Ja zum fertig verhandelten Rahmenabkommen durchringen konnte, verbucht die SVP als Erfolg für sich. Die Zurückhaltung der Landesregierung sei vor allem auf ihren Druck zurückzuführen, teilte die Partei mit. Die SVP sperrt sich gegen jede Regelung, die eine fortlaufende Anpassung der fünf betroffenen bilateralen Abkommen vorsieht – dass die hiesigen direktdemokratischen Verfahren gewährleistet wären, ändert nichts daran. Weil die EU auf Anpassungen beim Lohnschutz drängt, sind auch die Gewerkschaften und in deren Schlepptau die Mehrheit von SP und Grünen gegen den Vertrag.

Unter anderem sollen sich Entsendebetriebe aus der EU nur noch vier Arbeitstage vor einem Einsatz in der Schweiz anmelden müssen. Heute sind es acht Kalendertage. Zwar gibt es in der SP auch Befürworter wie Nationalrat Eric Nussbaumer (BL), der von einem «good deal» spricht. Die Haltung der Parteispitze ist aber: Abbruch der Übung und Neustart.

Die Optimisten Es scheint utopisch, doch der Wirtschaftsverband Economie-suisse glaubt daran: Die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne sollen zur Zufriedenheit der EU angepasst werden, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Schutzniveaus. Dahinter steht die Sorge um den wichtigen Zugang zum EU-Markt. Auch Arbeitgeber-Präsident Valentin Vogt hofft, dass sich die Sozialpartner in der Schweiz auf eine Lösung einigen können, die dann auch von Brüssel akzeptiert wird.

Bei dieser Haltung bleibt Vogt auch nach der klaren Ansage von EU-Kommissar Johannes Hahn (siehe oben). «Es war nicht zu erwarten, dass es aus Brüssel heisst: Klar, wir sind offen für Lösungsansätze aus der Schweiz», sagt Vogt. Sinnvolle und ausgewogene Vorschläge aus der Schweiz hören sich die EU aber hoffentlich an. Nur: Dafür müssten sich die Gewerkschaften bewegen. Die Aussagen des neuen Gewerkschaftschefs Pierre-Yves Maillard lassen nicht darauf schliessen, doch im Hintergrund sollen Gespräche laufen.

«Es war nicht zu erwarten, dass es aus Brüssel heisst: Klar, wir sind offen für Lösungsansätze aus der Schweiz.»



Valentin Vogt
Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Die Suchenden Die konfuse Haltung der FDP manifestiert sich im Bundesrat: Ignazio Cassis steht hinter dem Verhandlungsergebnis, Karin Keller-Sutter ist höchst skeptisch. Die FDP will nun abwägen, ob das Schweizer Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen mit der EU den Souveränitätsverlust rechtfertigt. Gemäss Ständerat Andrea Caroni (AR) tun sich die Freisinnigen insbesondere mit der Unionsbürgerrichtlinie schwer. Die Richtlinie, die weitergehende Ansprüche von EU-Bürgern im Bereich der Sozialleistungen nach sich zöge, wird im Abkommen nicht erwähnt – eine spätere Übernahme durch die Schweiz wird aber auch nicht explizit ausgeschlossen.

Neben der FDP sucht auch die CVP noch nach ihrer Haltung zum Verhandlungsergebnis. In den Augen von Parteipräsident Gerhard Pfister hat der Bundesrat den Lohnschutz aber ohne Not aufs Spiel gesetzt. Offen ist zudem die Position der Kantone. Ihre Bedenken drehen sich primär um die Frage, ob sie bei der Ausrichtung von Subventionen zu stark eingeschränkt würden.

Die Befürworter Mit dem Wechsel der eigentlich europafreundlichen SP ins gegnerische Lager ist die Gruppe der Befürworter zu einem Grüppchen geschrumpft. Mit Überzeugung für das ausgehandelte Rahmenabkommen stehen derzeit eigentlich nur die Grünliberalen ein. Die GLP sieht den Lohnschutz gewahrt. Grundsätzliche Zustimmung kommt von der BDP, eine abschliessende Position will die Partei im Januar beziehen. Damit sprechen sich lediglich zwei Kleinparteien für den Deal aus.

Von der FDP und der CVP ist bestenfalls ein halbherziger Einsatz für das Rahmenabkommen zu erwarten. Ihnen ist klar, dass der Vertrag charcenlos ist, wenn er auf den Widerstand von rechts und links trifft. Es scheint unwahrscheinlich, dass die Gewerkschaften beim Lohnschutz auch nur einen Millimeter nachgeben. Die Tendenz geht deshalb in Richtung Abbruch und Neustart – das wäre dann der «Reset», den Aussenminister Cassis bei seinem Amtsantritt in Aussicht gestellt hatte. Er dürfte sich diesen aber anders vorgestellt haben. (bär)